
Pressemitteilung

Berlin, den 18. November 2020

Lkw-Maut muss wahre Kosten berücksichtigen

Güterbahnen fordern nach EuGH-Urteil fairen Wettbewerb

Angesichts der bevorstehenden Neukonzeptionierung der Lkw-Maut fordert der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Branchenverband für über 600 Unternehmen des öffentlichen Personen- und des Schienengüterverkehrs, dass so schnell wie möglich die tatsächlichen Lkw-Wegekosten vollumfänglich berücksichtigt werden. Hierzu bedürfe es sowohl seitens des Bundes – in Bezug auf die Mautregelungen – als auch seitens der EU – mit Blick auf Eurovignetten-Richtlinie – kraftvolle Weichenstellungen. VDV-Vizepräsident Joachim Berends: „Der Lkw-Verkehr verursacht enorme volkswirtschaftliche Kosten, die bislang fast gar nicht von der Lkw-Maut berücksichtigt werden. Hier liegt der Schlüssel für faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber den klimafreundlichen Güterbahnen. Auf diese Weise wäre bis 2030 ein Marktanteil von 25 Prozent ist bei den Güterbahnen möglich – das entspricht, eingedenk des prognostizierten Marktwachstums, einem Verkehrsleistungszuwachs von knapp 60 Prozent. Das ist die Voraussetzung, um die Klimaschutzziele der Bundesregierung und die dafür notwendige Verkehrswende zu erreichen.“ Die deutsche Lkw-Maut wurde nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs falsch berechnet und ist damit nicht gesetzeskonform.

Neben dem Bund ist hier vor allem die EU in der Verantwortung: „Mit Blick auf Brüssel würde ich mir mehr Tempo bei der Novelle der EU-Wegekostenrichtlinie wünschen, seit drei Jahren wird hier beraten. Wir können uns das als Branche buchstäblich nicht leisten“, so Berends.

Eurovignetten-Richtlinie und Verursacherprinzip

Bei der Überarbeitung der auch nach der „Eurovignette“ benannten Richtlinie 1999/62/EG wird gerungen, ob und inwiefern die externen Kosten des Verkehrs im Einklang mit dem Verursacherprinzip zu bringen sind und zukünftig in die Mautgebühren einberechnet werden können. Berends: „Bislang ist diese Internalisierung externer Kosten praktisch nicht erlaubt. Die Zeit drängt: Ohne

eine Änderung der Richtlinie kann die Bundesregierung die geplante CO₂-Differenzierung bei der LKW-Maut nicht umsetzen.“

Deutsche Ratspräsidentschaft soll Beratungen beschleunigen

Das Europäische Parlament hatte bereits 2018 zum Kommissionsvorschlag Position bezogen, eine Einigung im Rat der EU steht allerdings weiterhin aus. Jetzt liegt es an der deutschen Ratspräsidentschaft, die Beratungen zu beschleunigen, damit endlich ein allgemeiner Ansatz gefunden und die Trilogverhandlungen aufgenommen werden können. „Bei der Eurovignetten-Richtlinie brauchen wir eine schnelle Einigung und vor allem eine kohärente Umsetzung des Verursacherprinzips, um die Verkehrsverlagerung von der Straße auf die Schiene zu fördern“, so Berends abschließend.

Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e. V. (VDV)

Lars Wagner · Pressesprecher · T 030 399932-14 · wagner@vdv.de

Eike Arnold · stv. Pressesprecher · T 030 399932-19 · arnold@vdv.de

Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) ist der Branchenverband des Öffentlichen Personen- und Schienengüterverkehrs. Seine über 600 Mitgliedsunternehmen befördern täglich mehr als 30 Millionen Menschen in Bussen und Bahnen und transportieren jährlich rund 600 Millionen Tonnen Güter auf der Schiene. So sorgen der VDV und seine Mitglieder für mehr klimaschonende Mobilität von Menschen und Gütern bei weniger Verkehr!



Wenn diese E-Mail nicht korrekt angezeigt wird, klicken Sie bitte [hier](#). Die VDV-Newsletter können Sie [hier](#) abbestellen. Das Löschen Ihrer Daten leiten Sie durch eine E-Mail an datenschutz@vdv.de ein. Hinweise zur Datenverarbeitung beim Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V. (VDV) finden Sie [hier](#). Weitere VDV-Informationen im [Impressum](#).